

„Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei einer Abnahme von sechs Monaten 1,80 M., bei einer Abnahme von einem Jahr 3,20 M., bei einer Abnahme von zwei Jahren 5,80 M., bei einer Abnahme von drei Jahren 8,40 M., bei einer Abnahme von vier Jahren 11,00 M., bei einer Abnahme von fünf Jahren 13,60 M., bei einer Abnahme von sechs Jahren 16,20 M., bei einer Abnahme von sieben Jahren 18,80 M., bei einer Abnahme von acht Jahren 21,40 M., bei einer Abnahme von neun Jahren 24,00 M., bei einer Abnahme von zehn Jahren 26,60 M., bei einer Abnahme von elf Jahren 29,20 M., bei einer Abnahme von zwölf Jahren 31,80 M., bei einer Abnahme von dreizehn Jahren 34,40 M., bei einer Abnahme von vierzehn Jahren 37,00 M., bei einer Abnahme von fünfzehn Jahren 39,60 M., bei einer Abnahme von sechzehn Jahren 42,20 M., bei einer Abnahme von十七 Jahren 44,80 M., bei einer Abnahme von achtzehn Jahren 47,40 M., bei einer Abnahme von zwanzig Jahren 50,00 M.

Die Jahrgangspostgebühren betragen für den Postbezirk 1,20 M., für den Auslandbezirk 1,80 M., für den Fernpostbezirk 2,40 M., für den Fernpostbezirk 3,00 M., für den Fernpostbezirk 3,60 M., für den Fernpostbezirk 4,20 M., für den Fernpostbezirk 4,80 M., für den Fernpostbezirk 5,40 M., für den Fernpostbezirk 6,00 M., für den Fernpostbezirk 6,60 M., für den Fernpostbezirk 7,20 M., für den Fernpostbezirk 7,80 M., für den Fernpostbezirk 8,40 M., für den Fernpostbezirk 9,00 M., für den Fernpostbezirk 9,60 M., für den Fernpostbezirk 10,20 M., für den Fernpostbezirk 10,80 M., für den Fernpostbezirk 11,40 M., für den Fernpostbezirk 12,00 M., für den Fernpostbezirk 12,60 M., für den Fernpostbezirk 13,20 M., für den Fernpostbezirk 13,80 M., für den Fernpostbezirk 14,40 M., für den Fernpostbezirk 15,00 M., für den Fernpostbezirk 15,60 M., für den Fernpostbezirk 16,20 M., für den Fernpostbezirk 16,80 M., für den Fernpostbezirk 17,40 M., für den Fernpostbezirk 18,00 M., für den Fernpostbezirk 18,60 M., für den Fernpostbezirk 19,20 M., für den Fernpostbezirk 19,80 M., für den Fernpostbezirk 20,40 M., für den Fernpostbezirk 21,00 M., für den Fernpostbezirk 21,60 M., für den Fernpostbezirk 22,20 M., für den Fernpostbezirk 22,80 M., für den Fernpostbezirk 23,40 M., für den Fernpostbezirk 24,00 M., für den Fernpostbezirk 24,60 M., für den Fernpostbezirk 25,20 M., für den Fernpostbezirk 25,80 M., für den Fernpostbezirk 26,40 M., für den Fernpostbezirk 27,00 M., für den Fernpostbezirk 27,60 M., für den Fernpostbezirk 28,20 M., für den Fernpostbezirk 28,80 M., für den Fernpostbezirk 29,40 M., für den Fernpostbezirk 30,00 M.

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zahlungsausschub auf drei Jahre?

Briands Erklärung

Nach einer Meldung aus London führt die dortige Presse das auffallendste Steigen der deutschen Mark zum Schlusse der gestrigen Börse auf ein Gerücht zurück, wonach Deutschland ein Moratorium für drei Jahre gewährt worden sei und auf die Meldung von Markantäufen in New York. Dieses Gerücht eilt den Tatsachen voraus. Es kann sich schon deswegen nicht um Gewährung eines Moratoriums handeln, weil dafür nicht England allein zuständig ist, sondern die Gesamtheit der Alliierten. Es ist möglich, daß das Gerücht auf die Annahme in englischen Handelskreisen zurückzuführen ist, daß die englische Regierung sich bereit erklären würde, die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland bei den Alliierten zu befürworten. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wird erst in einer Zusammenkunft der Minister des Reichs von Frankreich, England und Italien gefällt werden, für die der Zeitpunkt und die Tagesordnung noch nicht einmal festgesetzt worden sind.

Inzwischen werden auch in Berlin die verschiedenartigsten Gerüchte kolportiert. So wurde gestern mittag behauptet, die deutsche Regierung habe sich an ein führendes englisches Bankunternehmen mit der Frage gewandt, ob es bereit sei, dem deutschen Reich einen Kredit von 25 Millionen Pfund Sterling zu bewilligen. Der „Vorwärts“ behauptete heute früh, daß das nicht zuträfe. Die Regierung habe mannigfache Forderungen gestellt und Verhandlungen zu Bewilligungen von Krediten eingeleitet. Jedoch seien von offizieller Seite vorläufig keine bestimmten Summen bei den Verhandlungen genannt worden. Liege erst die Bereitwilligkeit zur Auszahlung eines Kredites vor, dann werde eine Einigung über die Summe nicht schwer zu erzielen sein. Das „Berliner Tageblatt“ wiederum sagt, daß eine solche Anfrage in einem Schreiben der Reichsregierung an den Präsidenten der Bank von England enthalten gewesen sei. Die Regierung sei darin noch einmal auf das Reparationsproblem im allgemeinen eingegangen und insbesondere auf die Notwendigkeit, die erforderlichen Mittel für die nächsten Leistungen aufzubringen. Das Schreiben sei am Freitag der vergangenen Woche abgefaßt worden, eine Antwort aus London könne vor Ende dieser oder Anfang nächster Woche nicht in Berlin eintreffen. Diese Antwort werde das entscheidende Faktum bei der weiteren Behandlung des Reparationsproblems sein. Unterrichtete Kreise nehmen auch an, daß etwa zu gleicher Zeit mit der Antwort des Präsidenten der Bank von England auch Rathenau seine Beratungen in London beendet haben und nach Berlin zurückkehren wird. Die Tatsache, daß die Verhandlungen Rathenaus weitergehen, wird als ein günstiges Zeichen angesehen.

Hat schon die gestern von uns wiedergegebene Rede des britischen Schatzsekretärs Horne gezeigt, daß man die optimistischen Erwartungen nicht zu hoch spannen dürfe, so zeigt der nachfolgende Bericht über die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten, daß zum mindesten die französische Regierung die Zahlungsunmöglichkeit Deutschlands nicht ohne weiteres anerkennen will.

Paris, 6. Dezember.

Bei der Besprechung der Reparationsfrage im Senat hat Briand folgendes erklärt: Auf Grund der Unterzeichnung der Reparationskommission habe ich die Überzeugung gewonnen, daß der Staat Deutschland zwar sehr verarmt ist, seine Einwohner aber nicht verarmt. Wenn Deutschland Bankrott machen würde, so wäre das kein gewöhnlicher, sondern ein betrügerischer Bankrott. Im Jahre 1871 hat die französische Regierung keine fünf Milliarden in ihrem Staatschatz gehabt, aber alle Bürger haben mit ihrer Unterschrift Bürgschaft geleistet. Deutschland wird sich hier ein Beispiel nehmen müssen, und in diesem Zusammenhang gebe ich zu, daß wir eine Generalhypothek auf Deutschland haben.

Aber bis jetzt hat sich Deutschland noch nicht geneigt zu beugen. Das doch zu behaupten, heißt erklären, daß wir noch nichts empfangen haben. Das wäre Uebertreibung und durch Uebertreibung verderben wir unsere Sache natürlich bedeutend. Selbst die erste Milliarde wurde am Vorfalttag bezahlt, aber die Verteilung dieser Summe führte zu Besprechungen, die mit der Herausgabe eines Protokolls endigten, das die französische Regierung sich jetzt zu unterzeichnen weigert. Weil ihrer Meinung nach dieser Akt nicht den früheren Abmachungen entspricht. In diesem Falle jedoch, bemerkte der Antragsteller, würden die Alliierten das Wiesbadener Abkommen nicht als gültig anerkennen. Ich wünsche im Gegenteil dazu, zu erklären, daß dieses Abkommen eine gute Wirkung ausübt. Es zeigt, daß wir nicht widerständig sind. Unsere Alliierten waren unterrichtet. Ich bin sicher, daß die

Gerechtigkeit unserer Sache ihnen nicht entgehen kann. So sehen wir jetzt.

Ueber die Zahlungstermine hat die Reparationskommission ihre Entscheidung gefällt. Ich weiß nicht, was geschehen wird, aber ich bin der Ansicht, daß Deutschland sich die nötigen Mittel verschaffen, seine Angelegenheiten ordnen, Ersparnisse machen und eine Anstrengung wegen neuer Steuern machen muß. Wenn das geschieht, muß es vorzugsweise seine Hilfsquellen für die Zahlung der Reparationen verwenden. Ich möchte wünschen, daß man nicht im Voraus die Ansicht hegt, daß alle Ereignisse katastrophale Folgen haben und daß man sie erwartet, um sie zu beurteilen. Ich sage, wir befinden uns einer Regierung gegenüber, die den Mut gehabt hat, die Verpflichtungen ihres Landes uns gegenüber anzuerkennen, unser Ultimatum anzunehmen und mit gutem Willen die Ausführung zu beginnen. Ich weiß wohl, daß dieser gute Wille manchmal zu wünschen übrig läßt, besonders in der Entwaffnungsfrage. Unsere Kontrollkommission hat verschiedentlich Verschleungen und Verschleimungen festgestellt. Uebrigens kann nichts besser deren eifrige Tätigkeit beweisen, der ich hiermit die verdiente Anerkennung ausspreche.

Die Regierung hat daher alles, was ihr möglich war, getan, um auf der Ausführung der Verpflichtungen Deutschlands zu bestehen in dieser Entwaffnungsangelegenheit, die für uns äußerst wichtig ist.

Diese Erklärung Briands ist nicht ganz auf den unverföhnlichen Ton gestimmt, den man aus früheren Reden der französischen Regierungsvertreter heraushören konnte. Nichtsdestoweniger kann man aus ihr entnehmen, daß Briand von einem Zahlungsausschub vorläufig nichts wissen will, sondern die deutsche Regierung auf die Erhebung von Steuern und die Beschaffung von Krediten hinweist, damit sie die Reparationspflichten erfüllen könne. Es ist richtig, daß die besitzenden Kreise in Deutschland ihre Pflicht gegenüber dem Staatswesen bisher noch nicht erfüllt haben; nichtsdestoweniger kann man das heutige Deutschland mit dem Frankreich von 1871 nicht vergleichen. Die deutsche Volkswirtschaft geht heute seiner völligen Verwüstung entgegen, und wenn trotzdem das deutsche Kapital glänzende Gewinne einstreichen kann, so geschieht das auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Die Interpellationsdebatte in Paris Vertrauensvotum für Briand

CC. Paris, 6. Dezember.

In der heutigen Sitzung der französischen Kammer wurden die Interpellationen der Abgeordneten Bellet, Chappedelaine, Margaine, Engerand, Couder, D'Alon und Messier wegen der auswärtigen Politik verlesen. Die Interpellation Sembat wünschte Aufklärung über die Konferenz von Washington. Briand erklärte, daß er sich für die Debatte aussprechen würde, wenn sie irgendeinen Nutzen bringen könnte. Aber die Kammer würde, wollte sie sofort zu dieser Debatte schreiten, den Vorteil verlieren, sofort das Budget erörtern zu können. Außerdem könnte er nur die Erklärungen wiederholen, die er bereits abgegeben habe. Weitere Auskünfte könnte er nicht erteilen, weil die Washingtoner Konferenz ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen habe. Briand wünschte deshalb die Vertagung der Debatte, bis sie in voller Ausdehnung geführt werden könne. Sembat forderte sofortige Erörterung der Interpellation. Der Präsident Raunourg verlangte, daß die Kammer die Debatte über das Budget fortsetze. Bei einer Abstimmung über die Interpellation Sembat wurde dessen Antrag mit 460 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

In der heutigen Sitzung des Senats überreichte Senator Brangier eine Interpellation wegen der Nichtdurchführung des Versailleser Vertrages, Senator Lamanjelle eine Interpellation über die Erklärungen des Ministerpräsidenten auf der Washingtoner Konferenz. Ferner brachte Senator Glandin eine Interpellation über das Abkommen von Angora ein und über die Politik, die Frankreich im Orient verfolgen wolle.

Der Ministerpräsident erklärte, daß er dem Senat zur Verfügung stehe. Er erinnerte an seine Erklärungen, die er im Augenblick seiner Abreise nach Washington abgegeben habe. Es seien einige Interpellationen eingebracht worden, auf die er nicht völlig antworten könne. Man müsse erwägen, ob es gut sei, sich schon heute über das Abkommen von Angora auszusprechen. Was Washington anbelange, so könne er für den Augenblick nur kurze Mitteilungen machen, wobei er sich vorbehalte, später weitere Ausführungen zu machen, sobald die Konferenz abgeschlossen sei, und eine vollständige Debatte stattfinden könne. Senator Brangier begründete seine Interpellation wegen der Nichtdurchführung des Versailleser Vertrages und erinnerte daran, daß Briand erklärt habe, daß Deutschland imstande sei, 6-7 Millionen Mann aufzubringen. Deutschland führe in keiner Weise den Friedensvertrag loyal durch. Jeden Tag erwidere die Kontrollkommission Kanonen, Handwaffen, Maschinen, die zu militärischen Zwecken verwendet werden können. Man habe nicht einmal darauf bestanden, daß Deutschland die weittragenden Kanonen sowie die 8 Panzerautos, die in Oberschlesien verwendet wurden, ausliefere. Die Sitzung dauert fort.

Paris, 6. Dezember.

Der Senat hat mit 249 gegen 12 Stimmen Briand sein Vertrauen ausgesprochen.

Tragikomödie

Rappisten vor dem Reichsgericht

Vor dem Reichsgericht in Leipzig beginnt heute vormittag der Prozeß gegen drei Führer des Rapp-Putsch. Es erscheinen als Angeklagte die Herren von Jagow, von Raumburg und der Sanitätsrat Schiele aus Raumburg. Die weiteren Führer konnten von unserer vorzüglichen Justiz nicht gefaßt werden. Selbst die Tatsache, daß das Reichsgericht die Bedingungen annahm, die von mehreren Rappisten nach mittelalterlicher Räuberart gestellt waren, kostete die sich noch verborgen haltenden Rappisten nicht aus ihren Verstecken heraus. Rappisten sind eben für die heutige Justiz keine Arbeiter. Wenn diese sich irgendeines Vergehens schuldig machen, weiß die deutsche Justiz erfahrungsgemäß sehr schnell und nach ihrer Auffassung sogar ganz vorzüglich zu arbeiten.

Die politischen Ursachen des Rapp-Putsch sind ebenso bekannt wie seine Folgen. Weniger bekannt ist aber auch heute noch für die Öffentlichkeit die Art, wie dieser Putsch von langer Hand vorbereitet wurde und welche Kräfte am Werke waren, den Sturz der Republik herbeizuführen. Die Vorbereitungen begannen in dem Augenblick, wo Koste das monarchistische und damit konterrevolutionäre Offizierskorps aufrief zum Kampf gegen die sozialistische Arbeiter-schaft. Die Offiziere dachten von allem Anfang an nicht daran, der Republik irgendeinen nennenswerten Dienst zu leisten. Es war vielmehr ihre Aufgabe, unter der Maske der Republik zu schütten, möglichst viel Truppen zusammenzuführen und diese in ihrem Sinne zu führen. Nach dem Niederschlagen der Märzrevolution und der Münchener Räterepublik hatten die monarchistischen Offiziere freie Hand bekommen; sie spielten nunmehr mit der Republik und blühten ihr die Geheße des Handels. Schon im Sommer 1919, während der Zeit der Friedensverhandlungen, war ein großer Generalschlag geplant, der vom Osten aus seinen Ausgang nehmen sollte, wo dank der Tätigkeit eines Winnig die Monarchisten eine bedeutende Wehrmacht zusammengezogen hatten. Wenn dieser Schlag nicht zur Ausführung kam, so lediglich deshalb, weil die unabhängige Partei auf breiter Front die Abwehr organisiert hatte.

Die Monarchisten schoben damit ihre Biene nur hinaus, sie hoben sie aber nicht auf. Zwei Ziele galt es nunmehr zu verfolgen: erstens mußte die Arbeiter-schaft niedergehalten werden. Das besorgte Lüttich, indem er überall den Belagerungsstand verhängen ließ, wobei ihm wiederum Koste willige Gefolgschaft leistete. Das zweite Ziel war die politische Vorbereitung des Umsturzes. Um das Militär brauchte man sich nicht mehr zu kümmern. Das war fest in der Hand seiner Führer, ebenso die Einwohnerwehren und die Freiwilligen, denen die Aufgabe einer strategischen Reserve zugedacht war.

Im August 1919 trat zu dem Zweck der politischen Vorbereitung des Umsturzes die Nationale Vereinigung ins Leben, die sich im Hause Schellingstraße Nr. 1 niederließ, in demselben Gebäude, in dem auch die Deutsch-nationale Volkspartei ihren Sitz hatte. Hauptaufgabe dieser Vereinigung war es, das Ansehen der Republik zu untergraben und ihre führenden Männer verächtlich zu machen. Das geschah in der Hauptsache durch die Herausgabe von anonymen Flugblättern und Schmähchriften. Daneben wurde Geld für die Agitation gesammelt und die Bildung von Ortsgruppen der Nationalen Vereinigung in allen größeren Städten in Angriff genommen. Um gewissermaßen das Kampfgebiet abzutasten und zu unteruchen, wie die Republik auf kleine Teilvorstöße reagiere, beschäftigte sich die Nationale Vereinigung nebenher mit dem Sprengen von pazifistischen und republikanischen Versammlungen.

Die Nationale Vereinigung war eine Geheimorganisation. Gründer und Leiter war der bekannte Hauptmann Pabst, dem neben einigen aktiven Offizieren sozusagen als Sachverständige für Propaganda die Herren Dr. Grabowski und Dr. Schnitzler zur Seite standen. Der eigentliche organisatorische Leiter war freilich Oberst Bauer, der in den Räumen der Nationalen Vereinigung sein eigenes Bureau hatte, und der sozusagen als Ideengeber wirkte. Ueber allen Personen aber schwebte der Schutzgeist des Generals Ludendorff. Dieser Mann hielt sich zwar mehr im Hintergrund auf, aber er war doch der eigentliche Spieler auf dem politischen Schachbrett, besuchte von Zeit zu Zeit die Nationale Vereinigung, erklärte sich nach dem Fortschritt der Arbeit und gab die entsprechenden Anweisungen für das weitere Vorgehen.

Die stärkste Stütze für den geplanten Umsturz waren die Freikorps. Als im Frühjahr 1920 deren Auflösung laut Gebot der Entente unabwendbar geworden war, entschlossen sich die Leiter des putschistischen Unternehmens zu einem vorzeitigen Losschlagen. Rapp, mit dem ein reger Kurierdienst unterhalten wurde, erschien im Februar 1920 zum erstenmal persönlich in den Räumen der Nationalen Vereinigung, und nunmehr fanden täglich Besprechungen mit den leitenden Persönlichkeiten statt. Bauer, Pabst und Rapp bildeten ein Triumvirat, sie ordneten an, mit größerer

Beschleunigung als bisher zu arbeiten, die Sache müsse jetzt oder nie entschieden werden.

Am 11. März bekam endlich auch Koste Wind von der Sache. Das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung, unter der Leitung von Strauß und Berger, verstand es immer wieder, Koste zu beschwichtigen. Es stellte mit dem Kappisten unter einer Decke, Koste ordnete nunmehr im Auftrage der Regierung zur Verhinderung des drohenden Aufstandes an, Kapp, Bauer, Kapp, Dr. Grabowski und Dr. Schnitzer in Schußhaft zu nehmen. Die Kriminalpolizei wurde beauftragt, Hausdurchsuchung bei der Nationalen Vereinigung zu halten. Ein unbekannter Zivilist überbrachte jedoch dem Bureau in der Schellingstraße rechtzeitig eine Warnung, außerdem rief vom Berliner Polizeipräsidium der Regierungsrat Frohns telefonisch an, und ermunterte die Herren, sich aus dem Staube zu machen. Mit ihnen verschwanden alle belastenden Aktenstücke. Jedoch war diese vorbeugende Arbeit nicht notwendig, denn als etwa zwei Stunden später Kriminalbeamte in der Schellingstraße erschienen, wurde von diesen dem zurückgebliebenen Herrn gesagt, er möge das noch vorhandene Material sich erst einmal in aller Ruhe durchsehen. Sollte sich noch irgendein belastendes Schriftstück darunter befinden, dann möge er es schnell beiseite bringen, die Kriminalpolizei habe kein Interesse daran.

Ein gemütlicher Betrieb! Und so kam denn auch der Kapp-Busch zur Durchführung. Daß er schneller als gedacht ein Ende fand, lag in erster Linie an der Wucht des Generalstreiks, der in allen Teilen des Landes zur Schwere einlegte. Ausschlaggebend wurde dann der Kampf der Arbeiter im Ruhrgebiet, die mit beispiellosem Opfermut zu den Waffen griffen, die militärischen Banden der Kappregierung aufs Haupt schlugen und außer Landes jagten und damit das für den Bestand der deutschen Wirtschaft wichtigste Industriegebiet in ihre Hände bekamen. Sie wurden dann zum Dank dafür durch die Reichsregierung mit der außerordentlichen Kriegsgerichtsbarkeit belohnt und wieder zurückgekehrt. Die republikanische Regierung eingeleitet wurden, zu Tausenden in die Zuchthäuser und Gefängnisse geworfen, hingegen wurde den Truppen, die sich an dem Sturz der Regierung beteiligt hatten, die Löhnung um 7 Mark pro Tag erhöht. Außerdem bekamen sie aus Regierungskassen bis in den Sommer hinein laufende Extrazuschüsse zu zahlen, so daß sich einmal ein Offizier der Brigade Ehrhardt, als wiederum eine Extravergütung ausgezahlt wurde, zu der Regierung vertrat: „Das ist ja großartig! Schon wieder 50 Mark. Dafür stürze ich jede Regierung!“

So endete der Kapp-Busch als Tragikomödie. Der Prozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig wird noch nicht ihr letzter Akt sein.

Jagow vor dem Reichsgericht

Leipzig, 7. Dezember.

Der Hochverratsprozeß gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten von Jagow und Genossen hat heute vormittag 9 Uhr vor dem vereinigten 1. und 2. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten von Beling seinen Anfang genommen. Das Gerichtsgebäude wird polizeilich sehr streng bewacht, der Zutritt ist nur gegen besondere Ausweise gestattet. Der große Verhandlungssaal ist stark besetzt, auch zahlreiche Pressevertreter sind erschienen.

Die Anklage vertritt der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer. Den drei Angeklagten von Jagow, Freiherrn von Wangenheim und Staatsrat Dr. Schiele stehen als Verteidiger fünf Rechtsanwälte zur Seite. Zeugen sind für heute nicht geladen.

Der Vorsitzende verkündet zunächst den Beschluß, die beiden Töchter gegen von Jagow und gegen von Wangenheim bzw. Dr. Schiele zu verurteilen.

Die Angeklagten machen sodann Mitteilungen über ihre Persönlichkeit. Hierauf wird der Eröffnungsbeschluß verlesen. Die Anklage gegen die drei genannten Personen lautet auf Hochverrat. Nach dem Eröffnungsbeschluß erscheinen die Angeklagten nacheinander, mit Kapp und Lüdtwig innerhalb des Deutschen Reiches im März vorigen Jahres den Versuch gemacht zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern.

Der Angeklagte von Jagow erklärt sich bereit, sich auf die Anklage zu äußern. Er behauptet, er habe niemals ein solches Handlung, wie sie ihm zur Last gelegt wird, versucht, weder als Führer, noch als Teilnehmer. Der ihn betreffende Tatbestand sei in wenigen Worten dargestellt. Vor dem 13. März 1920 handelte es sich lediglich

um eine Unterredung

zwischen Kapp und ihm. Kapp selbst sei ihm bis dahin nur oberflächlich bekannt gewesen. Kapp habe ihm erklärt, die Reichswehr sei über die damaligen Zustände enttäuscht und habe das lebhafteste Interesse an einer Aenderung der Verhältnisse. Dies müsse durch eine Verlesung der Reichsregierung geschehen, und zwar in völlig legaler Weise. Kapp fragte mich, so führt von Jagow fort, ob ich bereit sei, das Amt des Ministers des Innern zu übernehmen. Dazu erklärte ich mich bereit. Kapp sagte, ich hätte in der Presse die Ereignisse zu verfolgen. Eine Handlung wurde bis dahin von mir nicht verlangt.

Am 13. März waren die Truppen, ohne Widerstand zu finden, in Berlin eingeerückt. Ich fuhr mit Kapp nach der Reichskanzlei und erfuhr, daß die Reichsregierung geflohen sei und alle Macht, wenigstens in Preußen, sich bei Lüdtwig befände.

Der Präsident gibt dem Angeklagten anheim, sich auch über die Einzelheiten zu äußern und Fragen zu beantworten.

Der Angeklagte bemerkt, es sei unrichtig, daß er Mitglied der Nationalen Vereinigung gewesen sei. Ueber die Ziele dieser Vereinigung habe er nur wenig gehört. Die Vereinigung war der Ansicht, daß die Regierung nicht energiegelug sei und von den Bolschewiken überlaufen werden könnte. Für ihn habe es außer allem Zweifel gestanden, daß es sich nur um ein Unternehmen

zur Stärkung der Regierung

handelte. Im Gewalt sei sicher nur für den Fall der Notwehr gedacht gewesen.

Auf Befragen des Präsidenten gibt von Jagow zu, Vorbereitungen für den Ersatz von Beamten getroffen zu haben, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß alles auf ordnungsmäßige Weise vor sich gehe. Mit Kapp habe er einzelne geplante Erneuerungen besprochen. Er habe dann angenommen, daß nunmehr die legale Mission der Reichswehr erfolgen werde. Daß Befehle gegen Kapp und andere erlassen worden waren, habe er nicht gehört. In seiner Wohnung in Potsdam habe ihn Kapp angetelephoniert und gesagt, er solle am nächsten Morgen am Brandenburger Tor sein. Das war am Freitag, den 12. März, vormittags. Nachmittags sei er nach Berlin gefahren und telephonisch gebeten worden, auch Herrn von Falkenhäusen zu erlöchen, am nächsten Morgen am Brandenburger Tor zu sein.

Daß er Herrn von Falkenhäusen gelagt habe, es müsse auf Tod und Leben gehen, bekennt der Angeklagte. Er habe eine

legale Demonstration der Reichswehr

erwartet und sei zu dieser Erwartung durchaus berechtigt gewesen. Von Jagow verliest einen Zeitungsartikel vom 12. März, der für seine Auffassung sprechen soll. Was die Mitteilungen betreffe, die er anderen Personen gemacht habe, so habe er sich nur als Bote Kapps betrautet. Am Sonnabend habe er sich allein nach dem Brandenburger Tor begeben und allerdings den Eindruck gehabt, als ob es die Luft gäbe. Vor 6 Uhr seien die Straßen noch durchaus leer gewesen. Als er dann nach dem Schloß und der Wilhelmstraße ging, kamen Truppen. Er sei dann unbedeutend durch das Brandenburger Tor gegangen. Später habe er auf fallend viele Besie gesehen. Es kamen vier Automobile nebeneinander angefahren, hinter ihnen marschierten Truppen. Er habe angenommen, daß die Reichswehr eine legale Demonstration machen wollte.

Er ging dann neben den Truppen her bis zur Choralottenburger Chaussee. Dort habe er Herrn Sang fernengeliebt und Herrn von Falkenhäusen und einige Bekannte gesehen, auch Lüdtwig, den er begrüßte. Er habe gehört, daß Ehrhardt gekommen sei und nach Berlin gehen wolle. Den General von Lüdtwig habe er früher nur ganz oberflächlich kennen gelernt.

Der Angeklagte schildert dann den Einzug der Truppen in Berlin und betont, daß Kapp ihm mitgeteilt habe, die Volksgewalt sei auf ihn übergegangen, die Reichsregierung sei geflohen und die Preussische Regierung sei gestürzt, die militärische Gewalt liege bei Lüdtwig.

Leud verhaftet. Der ehemalige Schriftleiter und kommunistische Parteisekretär Alfred Leud, der wegen Hochverrats von der Staatsanwaltschaft Halle rechtlich verfolgt wurde und auf dessen Gezeiung vom Regierungspräsidenten in Merseburg 3000 M. Belohnung ausgesetzt waren, ist von den Beamten der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums am Dienstagabend in Berlin festgenommen worden.

Der irische Freistaat

Abkommen zwischen England und Irland

London, 6. Dezember.

Die letzten Verhandlungen in der irischen Frage wurden von Lord George, Chamberlain, Lord Birkenhead und Churchill auf Seiten der Regierung, Collins und Barton auf Seiten der Sinnfeiner geführt. Die Bedingungen des erzielten Uebereinkommens werden dem Parlament und dem Dail Eirean (dem irischen Parlament) zur Annahme empfohlen werden.

Der Lordkanzler Birkenhead machte heute in einer Rede die Einzelheiten des Uebereinkommens bekannt. Die Hauptbedingungen der Regelung sind folgende: Mit einem einzigen Vorbehalt wird Irland in dieselbe Lage versetzt wie Kanada, Neuseeland und Südafrika. Es wird den Namen „Irischer Freistaat“ erhalten. Irland ist darin im eigenen Hause. Man wird den Versuch in sehr weitherziger Weise auf derselben Grundlage machen, wie sie in Südafrika mit Erfolg angewendet wurde. Die Vertreter Sinnfeins sind bereit, dem irischen Parlament zu empfehlen, daß der neugebildete irische Freistaat nicht einen Vertrag mit dem britischen Reiche abschließt, sondern in das britische Reich eintritt. Die Treue des irischen Freistaates zur britischen Reichsgemeinschaft und zum König Georg wird in klarer und unabweidbarer Sprache in seiner Verfassung erklärt. In Finanzfragen hat das Südirische Parlament die Führung. Irland übernimmt einen angemessenen Teil der nationalen Schulden und der Kriegsausgaben. Der Betrag wird durch Schiedsrichter festgestellt. Wenn Ulster innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes entschlossen ist, seine bisherigen Vollmachten beizubehalten, so kann es sie behalten. Wenn Ulster beschließen sollte, die Vertretung im britischen Unterhause zu behalten, so würde diese Beschluß geachtet werden. Wenn Ulster nicht bereit ist, Vertreter in ein allirisches Parlament zu entsenden, so wird es berechtigt sein, diese Haltung weiterhin einzunehmen und dabei geschützt werden.

Eine Klausel des Abkommens

Klausel 12 der Bestimmung des irischen Vertrages besagt, wenn innerhalb eines Abkommens dem König von beiden Häusern des Unterparlamentes eine Adresse unterbreitet wird, die sich gegen das Geheiß richtet, sollen die Vollmachten der Regierung des irischen Freistaates nicht auf Ulster ausgedehnt und eine Kommission ernannt werden, um die Grenzen gemäß den Wünschen der Bevölkerung festzulegen. Wenn keine derartige Adresse unterbreitet wird, wird das Unterparlament weiterhin seine bestehenden Befugnisse behalten, aber das Parlament und die Regierung des irischen Freistaates sollen dieselben Befugnisse in Nordirland wie in Südirland ausüben mit Bezug auf Fragen, über die das Nordparlament augenblicklich keine Befugnisse hat.

Die vorstehende Klausel der englisch-irischen Abmachung zeigt mit aller Deutlichkeit, daß auch bei den jetzigen Verhandlungen die Hauptschwierigkeit darin bestand, die Forderungen der Sinnfeiner und der Ulsterleute unter einen Hut zu bringen. Ulster, die nordöstliche Ecke Irlands, hat sich schon seit Jahren mit allen Mitteln dagegen gesträubt, daß Irland die Unabhängigkeit gewährt werde. Der Gegensatz zwischen Ulster und Südirland ist sowohl konfessioneller wie ökonomischer Natur. Wird Irland vollständig unabhängig, so bildet Ulster eine kleine Minderheit anglo-irischer Protestanten mit höchstentwickeltem Handel und höchstentwickelter Industrie in einem von agrarischen Katholiken beherrschten Lande. Deshalb bildet Ulster die Hauptschwierigkeit bei der Regelung der irischen Frage, und es ist auch jetzt noch nicht abzusehen, ob es durch die Bestimmungen des Vertrages zwischen der englischen Regierung und den irischen Unabhängigkeitskämpfern gelingen wird, das Problem Ulster aus der Welt zu schaffen. Ein bedeutungsvoller Schritt jedoch auf diesem Wege ist allerdings getan. Ein großer Fortschritt ist es bereits, daß die Hauptparteien, die sich seit Jahren im irischen Bürgerkrieg gegenüberstanden, sich auf einer gemeinsamen Linie gefunden haben, um dieses schwierigste Problem der inneren Politik Großbritanniens mit vereinten Kräften zu lösen.

Meister-Ausstellungen

1. Karl Sichen
1798-1840

Academie der Künste, Pariser Platz 4

„Unmöglich ist es, höheres Genie in irgendeinem Kunstwerk zu lebender Künstler zu entdecken“, schrieb Bettina von Armin 1838, nachdem sie den kränkelnden Bieder in seinem Atelier besucht hatte. . . in einem Briele, der ihrer Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft und Energie ein ebenso hohes Zeugnis ausstellt wie der Sicherheit ihres Urteils. Bieder ist uns seit als einer der ganz seltenen Künstler unter den deutschen Malern des 19. Jahrhunderts erschienen. Seit dieser Ausstellung ist er der einzige der Zeit von europäischem Rang. . . kein Wunder also, daß er vor 100 Jahren unerkannt blieb. Bieder hätte, daß kein Verständnis zu erwarten war, und malte sein Bestes für sich. Sein Publikum liebte Pathos und Sentimentalität. Bieder vermied beides. Er bewies sein Augenmerk in der Feinheit seines künstlerischen Talentes, in sorten und lebendigen Arbeiten, oft kleinen Formates, die sofort als Dokumente eines Geistes, der geschmeidig, gütig, freudvoll sich verhielt in farbigen Klängen, deren zärtliche Geisamtheit, deren von einer mutigen Phantasie erfundene präzis-schwebende Ordnung Siege darstellten über die unbewegte Schwere der Materie. Wie nimmt Bieder nicht nur den jungen Menzel, sondern alle bis Grosse, bis Hofel vollendet vorweg. Die Zeit aber lebte Genie, Historie, Parabel. „Ich irre nicht“, heißt es in dem Briele der Bettina von Armin, „wenn ich Bieders geistige Organisation dem Mangel an Teilnahme und Begriff seiner Umwelt zuschreibe. Kaltes Mißverständnis, blödsinniges Urteil, neidisches Verzerren seiner gigantischen Verdienste machten ihn taub, und kein Trübsinniges Lob des Verständnisses sollte ihn erquicken.“

Die Ausstellung ist sehr verdienstlich, der Eintrittspreis von 5 M. aber viel zu hoch, wenn man bedenkt, daß in der Ausstellung doch vorwiegend Werke aus öffentlichem Besitz sind.

2. Paul Cézanne
1839-1906

Salon Paul Cézanne, Victoriastraße 26

So arm die deutsche, so reich ist die französische Malerei des 19. Jahrhunderts an Künstlern, die auf die europäische Malerei mitbestimmenden Einfluß geübt haben — und vielleicht ist dies unter diesen niemand einen größeren als Paul Cézanne. Die wunderbare Begabung Bieders vermag sich. Die Angunst des deutschen Milieus war erdrückend schwer. Cézanne, in der tragenden, sicheren Einheit der französischen Tradition, entfaltete kein Best

zu einer Blüte von hinreißender Schönheit. Er sah alle Vergangenheit, alle Kultur der französischen Kunst — welsch eine Reihe seit Jean Fouquet! — zusammen und ist zugleich Ueberleitung zu einer neuen Entwicklung. Und darauf beruht zuletzt unser tiefes Entzücken an dieser reifen und meisterlichen Malerei? Sie beruht auf dem Erlebnis einer ganz seltenen menschlichen Einheit und Einigkeit, die doch unbegreiflich unendlichen Reichtums und höchster bildnerischer Weisheit ist. Die Menschlichkeit Cézannes ist von einer Reinheit, die sich ganz direkt auszusprechen scheint. Wir sehen kaum Farbe und Form und Linie, wir glauben unmittelbar in das Herz Cézannes zu sehen, dessen seine, regelmäßige und unermüdbare Schläge, in Einigkeit mit der Feuerkraft der Sonne, uns beglücken. Wie wenig hat Cézanne nötig, um uns zu bezaubern. Seine Farbe ist kaum noch Materie. Diese schwebenden blauen Himmel, diese atmennden braunen Hügel, diese stillen Bewegungen des Raumes. — „Die Hauptache“, lautet einer seiner Ausrufe, „ist in einem Wille das Treffen der Distanzen“ — sie sind ein Nichts an Aufwand. Das Wunder ist nur möglich, weil Cézanne die geheimsten Wahrheiten der Bildform kennt, und schauen wir näher zu, so spüren wir unter dem schwebenden Hauch seiner Raumformen das strenge Geheiß der Formung. Die Ausstellung läßt das gut erkennen, weil viele Zeichnungen einen Einblick in Cézannes Arbeit ermöglichen. Es ist wunderbar, zu sehen, wie die unendlich sorten, materiellosen Striche zu Aderwegen, zu Kernbahnen des Bildes werden. Man betrachtet sie gar nicht mehr auf das Gegenständliche hin, es sind Schönheiten der reinen Form. — Das Vorwort Regor-Graffes im sonst sehr schönen Katalog ist bedauerliche Bistigtuerer, die hier doppelt unangenehm wirkt.

3. Henri Matisse

geb. 1869

Galerie Flechtelm, Lützowufer 13

Auf Cézanne weist mehr als auf von Gogh laut die moderne Malerei auf. Zu denen, die sein Werk ergänzten und fortführten, gehört — und nicht an letzter Stelle — Henri Matisse. Er ist nach seiner künstlerischen Vollkommenheit nicht in einem Atem mit Cézanne zu nennen. Er ist sehr klug, lähn und sehr diszipliniert, und ihn als nur „geschmacklos“ abzutun, wäre ungerecht. Er hat wichtige Anregungen gegeben, indem er die Bildform Cézannes analysierte, ihre Elemente aufnahm, das konstruktive Element klarer und bewußter herausstellte und die Fläche unantastbar zu machen liebte. Aber er ist weniger gleich in der Stärke seiner Arbeit. In der Ausstellung hängen schwächere Bilder neben vollendeten. Zwei große Stillleben mit Goldfischen im Glasbehälter — ein Ratisse, das für Matisse ähnlich bezeichnet ist wie etwa die Violine für Picasso — beweisen seine hohe Beherrschung aller Grundelemente, aus denen ein Bild wird. Die Strenge der Konstruktion, die Matisse hier begann, hat er neuer-

dings verlassen. Er ist mehr zu der handwerklichen Art zurückgekehrt. Doch steht in den besten Bildern auch seiner letzten Zeit durchaus die strenge Erfahrung der früheren. Und was für kostbare Leistungen so entstehen, zeigt am besten wohl das Stillleben mit den Tulpen, das uns wieder ergreift durch die menschliche Unermüdbarheit, durch die Weisheit des Einfachen. Wenn man sich erinnert, daß fast Wand an Wand mit Matisse die Novembergruppe jetzt laut ihr sehr leeres Stroh drückt, hofft man innig, daß die Ausstellungen Cézannes und Matisse recht viele Maler veranlassen möchten, sich einem anderen Berufe zuzuwenden.

Adolf Behne

Jüdische Theaterkunst

Wo erlebt man in Berlin die stärksten Theaterindrücke? Bei den Russen in der Kaulgräber- und bei den Juden in der Kommandantenstraße. Die Kunst der Russen ist feiner, gebildeter, kultivierter und durchgearbeiteter, die der Juden breiter, volkstümlicher, primitiver. Das Zusammenpiel aber ist bei beiden Truppen besser, die Wirkung härter als in irgendeinem anderen Theater von Berlin. Es ist tragisch, es ist eine Schande für die Berliner Theater, aber es ist wirklich wahr: All unsere zahlreichen Theater, denen manchmal so große Mittel und so prächtige Künstler zur Verfügung stehen, hind nicht fähig, einen so einfachen, in der Wirkung so starken Abend zustande zu bringen wie — ich will gar nicht von den inermüdet überlebenden Russen reden — wie die jüdischen Künstler mit „Jankele der Schmied“. Das ist eine Komödie von David Winstl. Ich kann das „Jüdische“, diese Mischung von Hebräisch, Deutsch und Russisch nicht verstehen, ich kann deshalb den Wert dieser jüdischen Komödie gewiß nicht ganz gerecht beurteilen. Aber nach dem, was ich verstehen kann, scheint mir David Winstl eine Art jüdischer Angenehmer zu sein. Seine Komödie ist vollständig, Ernst und Komik sind sehr klug abgemessen und eine nicht geringe Lebensweisheit predigt unanbänglich ihre nützlichen Lehren. Tamara, feiner als ihre Umgebung, betätigt Jankele den Schmied, der zwar im Grund ein guter Kerl ist, aber einen etwas losen Lebenswandel führt, um ihn, den sie wirklich herzlich liebt, zu bessern. Es gelingt — er wird ein vornehmer, ruhiger Ehemann. Aber es ist ein Kind bekommen und schwach, zart und elend ist nicht seine überschüssige Jugendkraft einem anderen Weg — eine frühere Geliebte von ihm wird der jungen Ehe gefährlich. Aber Tamaras Klugheit und Güte lenken am Abgrund der Trank vorüber zu einem guten Ende.

Die jüdischen Künstler spielten dies einfache Volkstück ganz ausgezeichnet. Jede Figur der Komödie hatte ihren ganz eigenen ausgeprägten Charakter, aber alle ordneten sich der Geliebten Tamara unter, niemand verlor die Brillen und die anderen an die Wand zu spielen, wie das bei unseren berühmten Schauspielern immer mehr zur Sitte oder vielmehr Pflicht wird. Chaim Schewer war ganz prächtig als vornehmer, vorlegener, glücklicher und belächelter Jankele, Leiser Schein als wohnhaft noch edler als sein Vater, Sanja Alamo als

